

## Berichte

### Von der Kreditkarte und dem Scheck zur Geldkarte

#### Drei amerikanische Pläne für den Übergang zum elektronischen Zahlungsverkehr

Der Zahlungsverkehr kostet die amerikanische Wirtschaft heute mehr als ein Prozent des Bruttosozialprodukts<sup>1</sup>. Wegen des überdurchschnittlichen Wachstums der Nachfrage nach Zahlungsverkehrsdienstleistungen, deren Kosten zudem zu zwei Dritteln auf Löhne und Gehälter entfallen, steht zu befürchten, daß dieser Prozentsatz ansteigt. Eine solche Entwicklung wäre absurd. Die Geschichte des Geldes ist die Geschichte einer fortschreitenden Rationalisierung in ständiger Anpassung an veränderte technische und gesellschaftliche Verhältnisse. Schon der Übergang zur Geldwirtschaft kann unter diesem Aspekt gesehen werden; Geld gelangte gerade deshalb zu seiner Prominenz, weil es die unerträglichen Zeitverluste beseitigte, die sich in der Tauschwirtschaft nicht vermeiden ließen. Wenn Geld in seiner heutigen Form und die Verwaltung der Geldübertragungen einen immer größeren Teil der Ressourcen beanspruchen, so ist das eine Herausforderung an das Kreditwesen, wirtschaftlichere Zahlungsformen zu entwickeln. Die Antwort darauf sind Pläne

---

<sup>1</sup> Der Verfasser stützt sich bei seiner Berechnung auf drei Staff Studies des Board of Governors of the Federal Reserve System (J. T. *Whetstone*, III, und J. H. *Hutchers, Jr.*, *Current Federal Reserve Payments Mechanism Expenses*, Washington 1970; E. E. *Snyder*, *A Study of the Cost of the Government Payments Mechanism*, Washington 1971; R. H. *Freed*, *The Cost of the Payments Mechanism to the Nation's Commercial Banks*, Washington 1971) und auf Atlanta Payments Project, Georgia Institute of Technology, *Research on Improvements of the Payments Mechanism: Phase III, General Systems Design and Analysis of an Electronic Funds Transfer System*, Prepared for the Federal Reserve Bank of Atlanta (im folgenden zitiert: Atlanta Study III). Zwei wesentliche Kostenkomponenten wurden dabei nicht berücksichtigt, die Opportunitätskosten des Haltens von Geld und die Zeit, die Haushalte aufwenden, um Zahlungen leisten zu können, z. B. der Zeitaufwand, der zum Ausstellen und Versenden von Schecks nötig ist.

für einen elektronischen Zahlungsverkehr, die lange Zeit als utopisch galten. Heute steht man aber an der Schwelle ihrer Verwirklichung, zum einen weil mit der elektronischen Datenverarbeitung günstige Rahmenbedingungen geschaffen wurden. Ein elektronischer Geldtransfer ist nicht mehr und nicht weniger als die Anpassung überkommener Zahlungsformen an diese Bedingungen. Zum anderen sind es heute nicht mehr Männer in Elfenbeintürmen, die diese Pläne vorlegen, sondern die Planungsgremien des Kreditwesens selbst. Im folgenden wird auf die drei wichtigsten übergreifenden Planungs- und Entwicklungsprojekte im amerikanischen Bankwesen eingegangen, auf die MAPS/SCOPE-Aktivitäten der American Bankers Association (ABA), auf das „Atlanta Payments Project“ und auf die Arbeit des Federal Reserve System Steering Committee on Improving the Payments Mechanism.

## I. MAPS und SCOPE

MAPS (Monetary and Payments System Committee) und SCOPE (Special Committee on Paperless Entries) entstanden im Jahre 1968. MAPS wurde von der ABA geschaffen, um das Zahlungswesen daraufhin zu überprüfen, ob es den Erfordernissen der Zukunft gewachsen sei und um, wenn nötig, Schritte zu seiner Verbesserung vorzuschlagen. Die amerikanischen Banken wollten im Zahlungsbereich nicht den Fehler der Broker im Effektenverkehr wiederholen und das System erst nach einer Überlastungskrise reorganisieren.

### 1. Die MAPS-Empfehlungen

MAPS empfahl den Mitgliedsbanken der ABA, in eine Phase der Reform des Zahlungsverkehrs einzutreten. Obwohl technisch durchaus den zu erwartenden Belastungen gewachsen, sei das gegenwärtige System zu arbeitsintensiv, was sich besonders in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts, für die einschlägige Prognosen einen Mangel an geeigneten Angestellten anzeigen, in einem schnellen Kostenwachstum ausdrücken werde. Außerdem müsse verhindert werden, daß andere Branchen, den technischen Fortschritt ausnützend, den Banken ihre Kundschaft mit Zahlungsverkehrsleistungen besserer Qualität streitig machen können<sup>2</sup>.

Alle Banken sollen dabei mitwirken, diese Reform zu planen und zu verwirklichen; so können sie eine klare Vorstellung des zukünftigen Zah-

---

<sup>2</sup> R. P. Cooley, MAPS Recommendations, An Outline for the Decade, in: Banking, Dezember 1970, S. 31 - 33. ABA, Executive Report of the Monetary and Payments System Planning Committee, Washington 1971.

lungsverkehrs gewinnen und sich schon heute bei ihren Entscheidungen über Produkt- und Verfahrensänderungen im Zahlungsbereich daran ausrichten. Deshalb wurden auf örtlicher Ebene SCOPEs gebildet, während man die Reformaufgaben auf nationaler Ebene — z. B. die Entwicklung von Normen, weitere Marktforschung und das Einpassen des amerikanischen Systems in den internationalen Zahlungsverkehr<sup>3</sup> — auf die zuständigen Stellen der ABA verteilte. Daneben übernahm es das Bank Administration Institut, die Krisenfestigkeit des Zahlungssystems jährlich einmal zu überprüfen. Seine ersten beiden Berichte machten die zunehmenden Schwierigkeiten im Schecktransport und in der Scheckbearbeitung deutlich.

Folgende Teilziele der Reform spiegeln die wichtigsten materiellen MAPS-Empfehlungen wider:

1. Die Banken sollen mit Hilfe der ABA Clearingstellen für elektronische Zahlungen entwickeln, und zwar möglichst unabhängig von der Federal Reserve (Fed). Der Bank-Wire<sup>4</sup> soll modernisiert werden und dann die örtlichen Netze verbinden. Da die Frontstellung gegen die Fed, die heute die Masse der Fernschecks einzieht, zwar in den Bank-Wire-Zentren, nicht aber überall im Lande geteilt wird, bleibt es allerdings den verschiedenen SCOPEs überlassen, ob sie mit der Fed zusammenarbeiten wollen.
2. Für Kreditkarten müssen landesweite Autorisationssysteme geschaffen werden. Sie sollen später auch den Einzug und die Zahlung der Kreditkartenscheine übernehmen. Um dieses Stadium papierlosen Einzugs vorzubereiten, sollen alle Banken nach dem Vorbild einiger Kaufhäuser zum „descriptive billing“ übergehen, d. h. anstatt dem Kunden wie heute die Kopien der Scheine zu schicken und ihm sonst im wesentlichen nur den Saldo mitzuteilen, sollen Kontoauszüge ein-

---

<sup>3</sup> In diesem Zusammenhang sei auf die Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications hingewiesen. Unter diesem Namen — kurz SWIFT — plant eine Gruppe von ursprünglich 73 europäischen und amerikanischen Banken ein privates Netz für internationale telegrafische Überweisungen.

<sup>4</sup> Der Bank Wire dient hauptsächlich für telegrafische Überweisungen und verbindet Fernschreiber von 240 Banken in 72 Städten der USA sowie in Montreal und Toronto. Das Netz wird von Western Union unterhalten, gehört aber 14 Banken in New York und Chicago. Es hat in diesen beiden Städten, den Drehscheiben des amerikanischen Zahlungsverkehrs, auch seine Zentren und darüber hinaus drei Subzentren in Atlanta, San Francisco und Dallas.

geführt werden, die die einzelnen Transaktionen beschreiben, so daß die Bank dem Kunden nicht mehr die einzelnen Scheine vorlegen muß, die den Belastungen zugrunde liegen. Entsprechende Überlegungen gelten für Sichteinlagenkontoauszüge und Schecks. Ferner sollen einheitliche Datensätze für den elektronischen Verkehr entwickelt und die beiden nationalen Kartennetze durch den Bank Wire verbunden werden.

3. Der Scheck wird noch auf Jahre hinaus das Hauptzahlungsinstrument bleiben. Zunächst soll der Lohn- und Gehaltsscheck eliminiert und durch papierlose Gutschriften ersetzt werden. Papierlose Belastungen sollen folgen. Im Gegensatz zu den Lastschriften verschiedener Art, die sich nur bei wenigen Banken durchsetzen<sup>5</sup>, würden die neuen Lastschriften kooperativ unter der Ägide der ABA oder eines SCOPEs eingeführt, und nicht mehr als absatzpolitisches Instrument einer einzelnen Bank. Daher erscheint der Durchbruch der Lastschrift nun möglich.
4. Als erster Schritt, um die verschiedenen Dienstleistungen der Banken übersichtlicher zu machen und um der Privatkundschaft ihr Verständnis zu erleichtern, sollen die Kontoauszüge für Sichteinlagen, Kreditkonto, Spareinlagen und evtl. auch Kreditkartenkonto auf einem Auszugsblatt zusammengefaßt werden.

## *2. Widerstände gegen eine Reform des Zahlungsverkehrs*

Die Marktforschung des MAPS ergab sehr klar, daß starke Widerstände gegen eine Reform des Zahlungsverkehrs bestehen und nach und nach abgebaut werden müssen. Viele Banken glauben, das Schecksystem werde nicht unrentabel werden, und sehen sich daher keinem Reformdruck ausgesetzt. Die Industrie fürchtet, ihre Debitoren- und Kreditorenprogramme umstellen zu müssen. Den Verbraucher schreckt die Aussicht, durch papierlose Übertragungen die Kontrolle über sein Konto zu verlieren; zum einen ist dies auf die aus deutscher Sicht wenig elastische Ausgestaltung vieler amerikanischer Bankleistungen zurückzuführen, z. B. werden Schecks in der Regel nur bezahlt, wenn sie definitiv gedeckt sind, und die starren Rückzahlungsverpflichtungen besonders bei Konsumentenkrediten müssen nach Betrag und Termin exakt eingehalten

---

<sup>5</sup> Die First National City Bank, New York, ist eine der wenigen Banken, die seit Jahren mit Erfolg einen Lastschrifteinzug anbietet. Vgl. P. Brooke, Pre-Authorized Insurance Drafts — A Bane or Boon to Banking Industry? In: American Banker vom 3. April 1968.

werden. Es kommt vor, daß wegen überfälliger Restschulden von 20 Cents Kreditlinien von 1 000 Dollar blockiert werden. Wer seine Kontenbeziehung makellos halten will, muß daher und auch wegen der Monatsfrist zwischen zwei Kontoauszügen minuziös ein Kontogegenbuch führen, es sei denn, er hielte überdimensionierte Guthaben. Ein neues System mit Soll- und Habenbuchungen, deren genaue Höhe und Terminierung dem Kunden nicht immer bekannt sind, birgt die Gefahr, daß Schecks von der Bank zurückgewiesen werden, was dem guten credit rating schadet, dem „kostbarsten Aktivum des Amerikaners“. Zum anderen spielen auch schwer verständliche Einstellungen herein. So sträuben sich viele gegen eine Überweisung ihres Gehalts, weil sie im Gehaltscheck einen sichtbaren Ausdruck ihrer persönlichen Leistung sehen und weil es ihnen Befriedigung verschafft, wenn sie selbst ihren Scheck bei der Bank einreichen können. Diese Haltung ist in allen Bevölkerungskreisen weit verbreitet<sup>6</sup>. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die aus der Sicht des Einzelnen an sich richtige Überzeugung, daß man seine Forderungen so schnell wie möglich einziehen soll, seine Schulden aber so spät wie möglich zahlt. Eine Vielzahl amerikanischer Praktiken baut auf diesem Grundsatz auf<sup>7</sup>.

<sup>6</sup> Die Fakultätsmitglieder und einige leitende Angestellte der Universität Syracuse z. B. können die Verwaltung anweisen, ihren Gehaltscheck direkt ihrer Bank zuzusenden. Nur 30 % nutzen diese Gelegenheit, sich den Weg zur Bank zu sparen und zum frühestmöglichen Zeitpunkt über ihr Gehalt verfügen zu können. Für amerikanische Verhältnisse ist das allerdings eine hohe Beteiligungsquote.

<sup>7</sup> Das bekannteste historische Beispiel sind die wildcat banks des vorigen Jahrhunderts. Ihre Banknoten waren zwar bei Sicht in Gold oder Silber einzulösen, doch die Geschäftsräume dieser Zettelbanken waren in den Hinterwäldern gelegen und angeblich nur von Wildkatzen zu erreichen. Ein modernes Verfahren ist das weit verbreitete lock-box system; es soll den Einzug von Schecks beschleunigen. Ein größeres Unternehmen unterhält gewöhnlich in einer Reihe wichtiger Bankplätze ein Postfach. Die Kunden werden veranlaßt, ihre Schecks an das Postfach in ihrer Region zu schicken. Eine Bank am Ort leert es mehrmals täglich, zieht die Schecks, meist Platzschecks, im Stadtclearing ein und macht den Gegenwert dem Unternehmen sofort verfügbar, indem sie ihn telegrafisch an dessen Hausbank überweist. — Wenn die Kunden nun Schecks auf abgelegene Banken ziehen, unterlaufen sie dieses System. Einige Banken fördern das und übernehmen die Portokosten, die im Verkehr mit auswärtigen Kunden anfallen. Diese modernen wildcat banks haben einen erheblichen Kostenvorteil: Da ihre Kunden sie hauptsächlich für Scheckzahlungen benutzen, haben sie relativ wenig Scheckeinrichtungen, d. h. die Masse ihrer Schecks wird von anderen Banken für die maschinelle Verarbeitung vorbereitet; auf diese Weise werden etwa zwei Drittel der normalen Stückkosten eingespart.

### 3. Reformschritte im Rahmen der MAPS-Empfehlungen

#### a) Reformschritte im Scheckbereich

Die erste Kommission mit der Bezeichnung SCOPE entstand im Frühjahr 1968 in Kalifornien. Ähnliche Gruppen wurden in wenigstens zwanzig Finanzzentren gebildet.

Als Ansatzpunkt eines elektronischen Zahlungsverkehrs boten sich der Bereich der Lohn- und Gehaltschecks (direct deposit of payroll, DDP) sowie die Zahlung von periodisch wiederkehrenden Rechnungen mit festen und variablen Beträgen an. Diese beiden Bereiche des Massenzahlungsverkehrs machen zusammen in den meisten Regionen etwa ein Drittel des gesamten Scheckverkehrs aus. Außerdem sind hier die Zahlungsdaten bei der Industrie ohnehin bereits in EDV-Anlagen gespeichert. Ferner können Rationalisierungsmaßnahmen im DDP-Bereich auch die Spitzenbelastungen im Scheck- und Schalterverkehr abbauen helfen und sind daher besonders dringlich.

SCOPE schlug zwei Automated Clearing Houses (ACHs) in San Francisco und Los Angeles vor, die nur noch Magnetbänder, Lochkarten oder Direkteingaben, aber keine Schecks mehr annehmen, und entwickelte einheitliche Datensätze für die Transaktionen, die durch das ACH geleitet werden sollen. Nachdem sich Ende 1969 die Federal Reserve Bank (Fed) in San Francisco bereit erklärt hatte, ein ACH zu unterhalten, wurden detaillierte Verfahrensregeln ausgearbeitet, gleichzeitig auch Änderungen der Geschäftsbedingungen, Vorschriften für einen papierlosen Lastschriftverkehr und die Satzungen und Kundenbedingungen für die ACHs. Um die Widerstände der Bankkundschaft zu überwinden, wurde u. a. bestimmt, daß ACH-Zahlungsempfänger immer dann ihre Kunden spätestens eine Woche vor der Lastschrift anschreiben müssen, wenn sich der Rechnungs- oder Prämienbetrag gegenüber der Vorperiode verändert hat. Der Kunde kann daraufhin entweder die Einzugsvollmacht ganz zurückziehen oder seine Bank anweisen, nur in diesem Falle nicht zu zahlen.

Am 16. Oktober 1972 nahmen die beiden ACHs ihre Arbeit auf. Mehr als 60 % der kalifornischen Banken mit 90 % der Bankstellen beteiligen sich am ACH-Verkehr<sup>8</sup>. In den nächsten Jahren hofft man,

---

<sup>8</sup> SCOPE Activates 2 Clearing Houses, in: American Banker vom 17. Oktober 1972. Die ACH-Umsätze sind bisher den Erwartungen gemäß noch sehr bescheiden. Nur langsam stellen die Unternehmen ihre EDV-Programme auf

auf diesem Wege monatlich zwölf Millionen Schecks weniger bearbeiten zu müssen, was das Scheckvolumen in Kalifornien um rund 8 % verringern würde.

Für den Bereich des Einzelzahlungsverkehrs hat SCOPE in Kalifornien vorläufig noch keine papierlose Lösung im Auge. Doch will man von der bisherigen Übung abkommen, auf jeder Stufe des Clearing die Schecks von neuem als Informationsträger für die Dateneingabe zu benutzen. Vielmehr sollen die Informationen möglichst schon bei der ersten Bank auf Band übertragen werden, so daß danach Magnetbänder als Grundlage des Clearing dienen können. Das würde nicht selten mehr als die Hälfte der bisherigen Kosten einsparen.

SCOPEs in anderen Landesteilen richten sich zwar an den Entwicklungen in Kalifornien aus, einige haben aber andere Prioritäten gesetzt. Die Unterschiede erklären sich zum Teil daraus, daß in einigen Zentren keine Federal-Reserve-Niederlassungen bestehen, die die ACH-Funktionen ohne Kosten für die Banken übernehmen könnten<sup>9</sup>. Da die kalifornischen Normen in anderen Regionen übernommen werden, rückt ein papierloses Clearing auf nationaler Ebene näher. Freilich wird es sich kaum unabhängig von der Fed vollziehen, wie es MAPS vorschwebte. Es ist die Federal Reserve, deren Mittel die ACHs hauptsächlich finanzieren und über deren Wire<sup>10</sup> Zahlungsverkehrsdaten bereits mit Magnetbandgeschwindigkeit gesendet werden können.

---

die von der CACHA geforderten Formate um. CACHA — California Automated Clearing House Association — ist die Nachfolgeorganisation des dortigen SCOPE. Schreiben des CACHA Secretary-Treasurer George *Lowther* vom 8. März 1973 an den Verfasser. Siehe auch: R. G. *Thurman*, SCOPE Reports on Progress in California, in: *American Banker* vom 5. Juni 1973.

<sup>9</sup> Vgl. hierzu P. *Brooke*, At Least 20 Regional Studies of Paperless Entry Systems Are Under Way, in: *American Banker* vom 1. Februar 1973, und Twin Cities SCOPE Banks Vote to Work for Automated Clearing by Mid-1974, in: *American Banker* vom 31. Januar 1973.

<sup>10</sup> Schon 1922 schuf sich der Board of Governors des Federal Reserve Systems ein eigenes telegrafisches Netzwerk. Heute wird es Federal Reserve Communications System oder kurz Fed Wire genannt. Seit seiner Modernisierung im Jahre 1969 erlaubt es einen Hochgeschwindigkeits-Nachrichtenverkehr zwischen den Federal Reserve Banks, ihren Zweigstellen, dem Board of Governors, dem amerikanischen Schatzamt und dem Federal Home Loan Bank Board. Die größten Federal Reserve Banks, New York, Chicago und San Francisco, verfügen nun auch über Subsysteme, um Überweisungen innerhalb ihrer Bezirke abzuwickeln. Member banks haben — auch für Aufträge ihrer Kundschaft — Zugang zu den Terminals der Federal Reserve Banks, wenn sie es nicht vorziehen, einen eigenen Terminal zu mieten.

## b) Reformschritte im Kreditkartenbereich

MAPS hatte empfohlen, daß im Kreditkartenbereich der Aufbau von nationalen Autorisationssystemen am Anfang der Reformen stehen sollte. Die Arbeit an diesen Systemen ist fast abgeschlossen. Unabhängig voneinander haben die beiden dominierenden Kreditkartenorganisationen solche Netze geschaffen, die Interbankcard Association Inc. das Interbank National Authorization System (INAS) und die National Bank Americard, Inc. die Bank Americard Service Exchanges (BASE). Das bedeutet einen Fortschritt in zwei Richtungen. Zum einen können Verfügungen genauer kontrolliert werden, unabhängig vom Ausstellungsort der Karte, und der einfacheren Autorisation wegen lassen sich die floor limits<sup>11</sup> senken; beides verringert die Ausfälle. Zum anderen verbindet ein Autorisationsnetz die Computer der regionalen Buchungs- und Clearingzentren und stellt so einen ersten Schritt zum elektronischen Clearing und zur On-Line-Verbuchung gleichzeitig mit der Autorisation dar.

Außerdem verkürzt ein nationales System die zur Autorisation notwendige Zeit dadurch, daß Rückfragen bei anderen Zentren automatisch erfolgen. Um auch den ersten Kontakt mit dem System zu beschleunigen und um Versprecher und Hörfehler zu vermeiden, will man von dem traditionellen Telefonanruf wegkommen. Es sind deshalb zwei Terminals entwickelt worden, die Kreditkarten lesen. Der einfachere reduziert die Autorisationszeit bereits auf sieben Sekunden. Der andere prägt in einem Augenblick gleichzeitig mit der Autorisation alle Angaben,

---

<sup>11</sup> Kreditkartenverfügungen, die einen bestimmten Betrag — das floor limit — überschreiten, müssen durch Anruf bei der zuständigen Stelle autorisiert werden.

Das floor limit liegt gewöhnlich bei \$ 50. Das Ziel der Aussteller ist es, das zero floor limit, d. h. die Autorisierung jedes einzelnen Verkaufs, wirtschaftlich zu machen. Nur dann kann mit Sicherheit vermieden werden, daß Betrüger — nicht wie bei der Scheckkarte durch eine bestimmte Anzahl Formulare eingeschränkt — ihre Karte beliebig oft verwenden und sich in erheblichem Umfang verschulden, indem sie bei jedem einzelnen Kauf unter dem floor limit bleiben. Da es Tage dauert, bis die Karte deshalb auf die schwarze Liste gesetzt werden kann, bekämpfen die Aussteller solche Betrüger heute vor allem damit, daß sie die floor limits im Gegensatz zu früher für einzelne Geschäfte verschieden hoch ansetzen und von Zeit zu Zeit verändern. Die im Juni 1973 eingeführte MINTS-Karte des amerikanischen Sparkassenverbandes versucht das Problem dadurch zu lösen, daß auf dem Magnetstreifen der Karte der verfügbare Saldo gespeichert und bei jeder Transaktion angepaßt wird. Da jedes elektronische System gewisse Off-Line-Elemente haben wird, erscheint diese Methode besonders erfolgversprechend.



einschließlich des Betrages und des Sicherheitscodes, selbsttätig und maschinenlesbar auf den Kaufschein, der zusammen mit der Karte eingelegt wird. Dieses letzte Verfahren hat zwei entscheidende Vorzüge: Jede Transaktion wird autorisiert<sup>12</sup>, und die Kunden können sehr viel schneller als bei Bar- oder Scheckzahlung abgefertigt werden.

## II. Atlanta Payments Project

Die Grundlage des Atlanta Payments Project<sup>13</sup> sind zwei außerordentlich detaillierte Untersuchungen über den Zahlungsverkehr in Georgia und Florida, die das Georgia Institute of Technology im Auftrag der Federal Reserve Bank von Atlanta durchführte. Auf dieser Basis entwarf eine Gruppe von 23 Wissenschaftlern und Praktikern in einem 1 300 Seiten umfassenden Gutachten einen Plan des Zahlungsverkehrs in Atlanta für die zweite Hälfte dieses Jahrzehnts, der allgemein als richtungweisend und autoritativ angesehen wird. Das besondere an dieser „Atlanta Study“ ist die Gesamtschau. Während sich andere Arbeiten mit Teilaspekten des Zahlungsverkehrs beschäftigen, meist aus der Sicht des Kreditgewerbes, wurde in Atlanta versucht, die Probleme der Reform des Zahlungswesens von möglichst vielen Seiten zu durchleuchten und zu übergreifenden Lösungen zu kommen.

### 1. Ergebnisse der Atlanta Study

Die Ergebnisse der Atlanta Study lassen sich zusammenfassen wie folgt:

1. Obwohl Schecks weiterhin das wichtigste Zahlungsinstrument bleiben werden, lassen sich auf mittlere Sicht 30 % des Scheckverkehrs durch elektronische Transfers ersetzen.

---

<sup>12</sup> Besonders da Kartenbetrüger nicht damit rechneten, daß selbst kleine Beträge autorisiert würden, konnte während der Einführungszeit dieser Terminals etwa jede hundertste Karte als „gesucht“ identifiziert und sofort eingezogen werden.

<sup>13</sup> Zunächst wurde nur das Forschungsvorhaben des Georgia Institute of Technology, das mit den drei hier erwähnten Untersuchungen abgeschlossen wurde, „Atlanta Payments Project“ genannt. Heute tragen aber auch alle Schritte zur Verwirklichung der erarbeiteten Empfehlungen diese Bezeichnung. — Groß-Atlanta ist das Wirtschaftszentrum des Südostens der USA und hat 1,5 Millionen Einwohner. — Die folgenden Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf die Atlanta Study III, a.a.O., und auf zwei Presseerklärungen der Federal Reserve Bank of Atlanta vom 31. März 1972.

2. Es muß ein ACH errichtet werden, das vorrangig einem elektronischen Lastschriftverkehr auf der Basis von „bill checks“ dienen soll. Schon dadurch können die Kosten der Banken im Raume Atlanta pro Jahr um eine halbe Million Dollar abgebaut werden. Danach soll das ACH nach kalifornischem Vorbild DDP-Zahlungen abwickeln. Das wird wenigstens weitere \$ 820 000 einsparen. Auf den Wunsch der Banken hin wird die Federal Reserve Bank von Atlanta das ACH einrichten. Zunächst soll es nur den Banken der Stadt offenstehen, später werden aber alle Banken in Georgia entweder als Mitglieder oder als passive Teilnehmer in das elektronische Clearing einbezogen werden.
3. Den Schecklauf dergestalt zu verkürzen, daß die Schecks nicht mehr — wie heute allgemein üblich — ihrem Aussteller zugesandt, sondern bei dessen Bank oder schon bei der Bank archiviert werden, wo sie eingereicht wurden, bringt nur geringe Kostenersparnisse bzw. wirft Rückgriffsprobleme auf, die technisch noch nicht kostengünstig gelöst sind. Die Archivierung in einem gemeinschaftlichen Zentraldepot in der Nähe der Bank des Einreichers kombiniert mit einem „Einzug“ der immobilisierten Schecks auf Magnetbandbasis böte jedoch erhebliche Vorteile, so daß sie eingeführt werden sollte, sobald die Industrie geeignete Geräte anbieten kann. Solche Geräte würden es erlauben, das gesamte Scheckbild in digitale Informationen zu transformieren, die dann auf EDV-Anlagen verarbeitet werden könnten. Bei der Bank des Ausstellers würden diese Informationen dann in Abbildungen der Originalschecks zurückübersetzt, die der Kunde zusammen mit seinem Kontoauszug erhielte. Dieses aufwendige Verfahren scheint deshalb erforderlich, weil 77 % der befragten Amerikaner es strikt ablehnten, daß ihren Banken erlaubt wird, von der bisherigen Übung abzuweichen und auf dem Auszug zusätzlich zum Betrag lediglich die Nummern der belasteten Schecks auszudrucken. Die Forschergruppe schlägt vor, Tests auf diesem Gebiet zu beginnen und Normen aufzustellen. Die Industrie wird zu verstärkter Entwicklungsarbeit aufgerufen und darauf hingewiesen, daß in diesem Bereich wenigstens 50 Millionen Dollar pro Jahr an Gerätemieten zu erwarten seien.
4. Es sollen in den Geschäften von Atlanta Terminals aufgestellt werden, die über ein Schaltzentrum mit den Computern der Banken dort verbunden sind. Mit diesen Kassenterminals (point-of-sale terminals oder POS terminals) werden dann zunächst die Deckung von Schecks überprüft und Kreditkartenverfügungen autorisiert. Später will man

die Transaktionen damit verbuchen und so zu papierlosen Transfers übergehen. Ein POS-System ist nicht nur technisch möglich, sondern auch eine erstklassige Investition. Sie wird sich in sechs Jahren bezahlt machen; die Rentabilität des Kapitals, das hierzu in den ersten zehn Jahren eingesetzt werden muß, wird mit 22 % p. a. vor Steuern errechnet. Dabei werden Konditionen zugrunde gelegt, die heute als Kampfpreise gelten würden. Eine Sensitivitätsanalyse ergibt für noch ungünstigere Konditionen eine Rentabilität von 10 %, für wesentlich günstigere 36 %. Die Banken in Atlanta wollen das POS-System — verständlicherweise — ohne die Hilfe der Fed errichten. Dazu soll eine Gemeinschaftsstelle gebildet werden, die die Marktforschungsarbeiten abschließen und die technischen Voraussetzungen für das System schaffen wird. Das POS-System wird es ermöglichen, in Atlanta jährlich rund 40 Millionen bargeldlose Zahlungen abzuwickeln, ohne daß dazu Papierbelege innerhalb des Banksystems bewegt zu werden brauchen.

Weniger als zwei Wochen, nachdem die Atlanta Study veröffentlicht worden war, erklärte der Vorsitzende des Atlanta Committee on Paperless Entries (COPE), daß die fünf COPE-Banken beschlossen hätten, die beiden vorgeschlagenen elektronischen Transfersysteme in Atlanta zu verwirklichen. Die fünf Banken sind die größten der Stadt und bringen es zusammen auf eine Bilanzsumme von über 4 Milliarden Dollar. Bis auf eine waren sie im Project Team der Atlanta Study vertreten. Das ACH, so hieß es in der Erklärung des Vorsitzenden, solle seine Arbeit im Jahre 1973 aufnehmen, und die Banken würden auch das POS-System errichten. Auf beide Transfernetze wird daher genauer eingegangen.

## *2. Bill Check und POS — zwei elektronische Transfersysteme für Atlanta*

Da das bill-check-Verfahren nach den Marktanalysen der Atlanta Study in der Bevölkerung mehr Zustimmung finden dürfte als alle anderen vorgeschlagenen Zahlungsarten und da es schon rentabel sein wird, wenn nur die Telefongesellschaft und einige Strom-, Gas- und Wasserwerke sich daran beteiligen, soll es zuerst eingeführt werden. Dieses Verfahren soll alle wiederkehrenden Zahlungen dem Magnetband-clearing erschließen, deren Empfänger über die notwendigen EDV-Anlagen verfügen. Der Zahlungsempfänger erhält heute vom Kunden in aller Regel neben dessen Scheck ein Rechnungsdoppel, meist als Loch-

karte oder in einer anderen maschinenlesbaren Form. Vom Scheck soll der Empfänger nun die Kontonummer und die Bankleitzahl kopieren. Dann kann er zum bill check übergehen und jedem Kunden mit der Rechnung eine Art Scheck zustellen, der auf dessen Bankkonto gezogen und über den fälligen Betrag ausgestellt ist. Der Kunde wird den bill check unterschreiben, evtl. nachdem er den Betrag geändert hat, und ihn dann zurückschicken. Für den Kunden bleibt damit praktisch alles beim alten, er bestimmt auch nach wie vor, wann der „Scheck“ bezahlt wird. Er gewinnt aber Zeit; wie bei der Kreditkarte entfällt hier alle Schreibarbeit, abgesehen von der Unterschrift.

Die Zahlungsinformationen auf den bill checks wird der Empfänger auf Magnetband nehmen, das dann als Basis für ein gewöhnliches ACH-Verfahren dient. Der Debitorenbuchhaltung spart das Zeit und Kosten. Anders als bisher müssen z. B. Scheck- und Rechnungsbetrag nicht mehr miteinander verglichen werden. Auch sonst brauchen nur noch die bill checks bearbeitet werden und nicht Rechnungsdoppel und Schecks. Da der bill check selbst nur unternehmensinternen Anforderungen genügen muß — er wird nicht an Dritte weitergeleitet —, kann er jedes beliebige Format annehmen und dürfte daher gewöhnlich dem Rechnungsdoppel sehr nahe kommen, das die Firmen heute ohnedies an ihre Kunden versenden.

Die Banken in Atlanta werden durch das bill check-Verfahren pro Posten 2 bis 4 Cents sparen. Wie erwähnt, läßt das eine jährliche Kostenersparnis von mehr als einer halben Million Dollar erwarten. Der bill-check-Verkehr soll noch in diesem Jahre anlaufen. Für \$ 15 000 erwarb COPE vom kalifornischen SCOPE das Recht, die dort ausgearbeiteten ACH-Programme, Satzungen, Geschäfts- und Kundenbedingungen zu benutzen. Nachdem ein Gesetz in Georgia geändert wurde, das Lohn- und Gehaltszahlung nur mit Bargeld oder Scheck erlaubte, läuft jetzt auch das DDP nach kalifornischem Vorbild an.

Im Gegensatz zum ACH-Zahlungsverkehr trägt das POS-System revolutionäre Züge. Einzelhandels- und Dienstleistungsbetriebe bemängeln bei Scheck- und Kreditkartenzahlungen, daß sie durchschnittlich doppelt oder dreifach soviel Zeit wie eine Barzahlung in Anspruch nehmen. Daneben fehlt Schecks zu oft die Deckung; das bedeutet zusätzlichen Arbeitsaufwand und oft auch Forderungsausfälle. Allein in Atlanta belaufen sie sich auf fast 12 Millionen Dollar jährlich oder 4 Promille des Jahresscheckumsatzes. Trotz dieser Verluste und obgleich bei Zahlungen dieser Art auf einen Kaufschein drei Schecks kommen, haben die

amerikanischen Banken die Scheckzahlungsprobleme bisher vernachlässigt<sup>14</sup>. Sie tragen, anders als bei Kreditkarten, auch nicht deren Kosten. Das POS-System soll nun gerade diese Probleme lösen.

Die Kundschaft soll Plastikkarten mit einer Doppelfunktion erhalten; die herkömmlichen Kreditkarten werden dazu auf ihrer Rückseite mit einem Magnetstreifen versehen, der nicht nur die wichtigsten Informationen über das Kartenkonto, sondern auch über das Sichteinlagenkonto aufnimmt. Man könnte daher von einer kombinierten Kredit- und Scheckkarte sprechen. Allerdings wird diese neue Karte selbst nichts garantieren, sie aktiviert lediglich einen Kassenterminal, wie er in allen Geschäften Atlantas aufgestellt werden soll. Diese Terminals sollen schnellen Zugang zu den Kreditkarten-Autorisationsnetzen bieten. Sie sollen aber vor allen Dingen an ein analog ausgestaltetes Scheck-Autorisationssystem angeschlossen sein, so daß der Kassierer in wenigen Sekunden überprüfen kann, ob ein Scheck gedeckt ist. In einer späteren Entwicklungsphase soll auch der Transfer von Zahlungsmitteln auf das Konto des Geschäfts und die Belastung eines der Konten des Kunden

---

<sup>14</sup> Als Ausnahme sei die Villa Park Bank in Illinois angeführt, die schon seit Jahren einen Scheckautorisationsservice mit gutem Erfolg unterhält. Diese Bank bietet ihren Kunden einen sogenannten Red Carpet Plan an; der Kunde erhält eine Kreditlinie für sein Scheckkonto, die \$ 5000 erreichen kann, und eine Ausweiskarte. Auf der Karte ist u. a. eine Telefonnummer angegeben, unter der ein Schecknehmer die Bank von jedem beliebigen Ort der USA aus kostenfrei anrufen kann, um einen Autorisationscode zu verlangen. Ähnlich wie die Scheckkartenummer garantiert dieser Code, auf die Rückseite geschrieben, den Scheck für 15 Tage. Brief des Cashier der Villa Park Bank, William C. Stege, vom 25. Januar 1973 an den Verfasser.

Andere Banken kamen mit sogenannten check guarantee cards heraus, die Bild und Unterschrift des Inhabers trugen. Auch die Garantiebedingungen waren auf der Karte wiedergegeben; analog zur Scheckkarte waren Schecks bis zu \$ 100 garantiert. Doch es war schwer, einen Kassierer zu bewegen, sich eine solche Karte auch nur anzuschauen. Teils war das auf ungenügendes Marketing dieses Services, teils auf Einschränkungen der Garantie zurückzuführen. Bezeichnenderweise waren diese Scheckkarten oft nur die Rückseite einer Kreditkarte. Als der Geldautomat eingeführt wurde, machten sie dort ohne Aufhebens dem Magnetstreifen Platz; sie hatten ohnehin fast keine Funktion.

Wegen des Trends zum Überziehungskredit für Privatleute werden auch die Banken zunehmend von Scheckverlusten betroffen und ergreifen Gegenmaßnahmen. 1971 wurde mit Chex System, Inc., Minneapolis, für den mittleren Westen eine Bankauskunftei geschaffen, um zu verhindern, daß Personen bei einer anderen Bank ein neues Scheckkonto erhalten, deren Schecks wiederholt nicht bezahlt werden konnten und die deshalb ihre Bankverbindung verloren.

dadurch erfolgen, daß alle notwendigen Daten direkt in den Terminal eingegeben werden. Man braucht dann keine Schecks und keine Kaufscheine mehr, nur noch die Karte. Deshalb wird diese Karte Geldkarte genannt. Es werden dadurch etwa genauso viele Schecks durch elektronische Transfers ersetzt werden wie durch das bill check- oder das DDP-Verfahren, d. h. in den ersten Jahren etwa 10 % aller Schecks, die auf Banken in Atlanta gezogen sind. Bei Kaufscheinen wird dieser Prozentsatz wesentlich höher liegen, da nur knapp 20 % aller Schecks, aber rund 80 % aller Kaufscheine am „point of sale“ ausgeschrieben werden.

Im einzelnen wird ein POS-Transfer wie folgt ablaufen. Die Karte des Kunden und ein doppelter Quittungsvordruck werden in den Terminal gesteckt. Dann wird die Verbindung mit dem System durch einen Telefonanruf hergestellt. Der Kassierer tippt den Betrag ein, während der Kunde an einem besonderen Gerät ungesehen eine mehrstellige Paßnummer eingibt und sich dadurch als rechtmäßiger Benutzer der Karte ausweist. Wenn das Geschäft nicht nur „Schecks“, sondern auch „Kreditkarten“ annimmt, gibt der Kunde dann an, welches seiner beiden Konten belastet werden soll, und der Kassierer drückt die entsprechende Taste. Daraufhin wird das Formular sofort bedruckt, und zwar mit Datum und Betrag, wenn Mittel verfügbar sind. Kunde und Kassierer erhalten je eine Kopie der Quittung. Andernfalls nennt das System den Grund, warum die Transaktion nicht abgeschlossen werden konnte. Mit Hilfe der Quittung kann der Kunde seinen Kontoauszug überprüfen.

Das Kernstück des Systems wird ein Schaltzentrum (SPC, Switching and Processing Center) sein, da nicht nur eine Bank, sondern wenigstens alle COPE-Banken am POS-Verkehr teilnehmen werden. Das SPC wird mit den Kassenterminals, mit den Sichteinlagen-Autorisationszentren der teilnehmenden Banken sowie mit dem regionalen und dem nationalen Kreditkarten-Autorisationsnetz on-line verbunden sein. Die Transaktionsdaten eines Tages werden vom SPC gespeichert und am Abend durch das ACH-Clearing an die betreffenden Banken weitergeleitet.

Wie oben erwähnt, ist das POS-System für die Banken, die es einführen, eine äußerst rentable Investition. Das beruht vor allem auf der Verringerung der Kosten um 8 Cents pro Transaktion durch den Übergang zu papierlosen Transfers, auf dem Abbau der Forderungsausfälle der Banken und auf neuen Einnahmequellen — einer Autorisationsgebühr von 10 Cents für die Sichteinlagentransaktionen und den Kassenterminalmieten. Außerdem wird der Bankzahlungsverkehr attraktiver

und damit auch andere Bankleistungen. Die Geschäftskundschaft, einmal mit den Bankrechenzentren verknüpft, wird vermutlich bereit sein, diese Verbindung auch über den Zahlungsverkehr hinaus zu nutzen. Z. B. in der Vorratskontrolle, der kurzfristigen Geldanlage und in verschiedenen Bereichen der Buchhaltung ergeben sich günstige Aspekte für eine weitergehende Zusammenarbeit. Schließlich wird der Schalterverkehr der Banken in gewissem Umfang entlastet, da die Geschäfte noch mehr als bisher bereit sein werden, „Schecks“ einzulösen; darüber hinaus mögen sie auch Bareinzahlungen annehmen und andere begrenzte Zweigstellenfunktionen ausüben.

Wenn COPE das POS-System in Atlanta nach Plan verwirklichen kann, wird es Mitte 1974 dort ein voll entwickeltes Autorisationssystem für Schecks geben. Damit zöge der Scheck in den Geschäften Atlantas mit der konkurrierenden Kreditkarte gleich; Schecks würden wenigstens genauso akzeptabel. In der Endstufe des POS-Verkehrs, die 1975 erreicht werden soll, wird es dann zwischen der Zahlung auf Sichteinlagenbasis einerseits und der auf Kreditkartenbasis andererseits von der Bequemlichkeit, der Schnelligkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Sicherheit her gesehen keine Unterschiede mehr geben. Das wird die Frage aufwerfen, ob die Trennung beider Zahlungsformen dann noch sinnvoll ist.

### III. Federal Reserve System Steering Committee on Improving the Payments Mechanism

Die treibende Kraft der Zahlungsverkehrsform im Federal Reserve System ist Governor *Mitchell*, der Vorsitzende des Steering Committee on Improving the Payments Mechanism und seit kurzem auch der Vice Charman des Board of Governors. Sein Ziel ist ein umfassendes elektronisches Zahlungssystem. In einem Land wie den USA, wo der Scheck nicht zuletzt deshalb so beliebt ist, weil man mit ihm die Belastung besonders lange verzögern kann, muß jeder Fortschritt auf einen elektronischen Zahlungsverkehr hin auf harten Widerstand stoßen, da ein solches System wesentlich schnellere, wenn nicht sogar sofortige Belastung der Zahlungsbeträge mit sich bringt. Der Board of Governors hat sich in den vergangenen Jahren entschlossen, gegen diese Barrieren anzugehen. Wegen der Angriffe auf den Federal Reserve Float blieb ihm keine andere Wahl. Dieser Float ist ein zinsloser Notenbankkredit an die Clearingbanken und entsteht dadurch, daß die Federal Reserve Bank eingereichte Schecks früher gutschreibt, als sie bezahlt werden. Er stieg in der Hochzinsperiode zu Ende der sechziger Jahre von zwei auf drei

Milliarden Dollar an und wurde von Kongreßabgeordneten, die die Unabhängigkeit der Zentralbank beschränkt sehen möchten, zum Politikum gemacht. Ihr Argument lautete: Wenn die Zentralbank den Kreditinstituten Milliarden zinslos überläßt, während viele Familien nicht einmal für Zinsen in der Nähe von 10 % Kredite zum Wohnungsbau erhalten können, dann zeigt das Mangel an sozialer Verantwortung in einem Umfang, der ein Eingreifen des Parlaments erfordert.

### *1. Erste Schritte zur Vorbereitung eines elektronischen Zahlungsverkehrs*

Die Fed begann eine Art Erziehungsfeldzug. Einem Vorschlag des Steering Committee folgend, bezeichnete der Board am 17. Juni 1971 in einer vielbeachteten Grundsatzerklärung die Reform des Zahlungsverkehrs als äußerst dringliche Aufgabe und kündigte zugleich erste Maßnahmen in zwei Bereichen an<sup>15</sup>. Er forderte die Banken und ihre Kunden auf, bei größeren Transaktionen anstelle von Schecks telegrafische Überweisungen zu benutzen. Die Gebühren für Fed-Wire-Überweisungen von \$ 1 000 und mehr wurden gestrichen und die Geschäftszeit des Wire verlängert. Außerdem lief eine Umstrukturierung des Clearingsystems an. Der Board beabsichtigte auf mittlere Sicht vor allem, den Scheckverkehr zu entlasten bzw. zu rationalisieren und damit auch den Float zu verringern. Beide Maßnahmen sollten aber darüber hinaus die Amerikaner an promptere Belastungen ihrer Konten als bisher gewöhnen und so den Boden für ein elektronisches Zahlungssystem bereiten.

Die Strukturänderungen begannen dort, wo die Fed bereits ein örtliches Clearing betrieb. Die Clearingzonen um diese Einrichtungen herum wurden ausgedehnt. Wie in den örtlichen Clearingarrangements decken die Banken innerhalb dieser Zonen Salden zu ihren Lasten am Tag der Vorlage der Schecks mit Zentralbankgeld ab. Die umliegenden Institute zahlten im Gegensatz dazu gewöhnlich dadurch, daß sie einen Scheck auf ein Zentralbankkonto, ihr eigenes oder das einer anderen Bank, an die Fed sandten. Sie erhielten ihre Schecks von der Fed auch nicht im Rahmen des örtlichen Clearingabkommens, sondern aufgrund des gesetzlichen Auftrags der Fed, ein nationales Clearingnetz zu unterhalten. Da der Scheck meist erst am folgenden Tag eintraf, konnten sie so ihre Zahlung einen Tag aufschieben. Dieses Verfahren mag früheren Bankprakti-

---

<sup>15</sup> Federal Reserve Press Release vom 17. Juni 1971.



ken und Verkehrsverhältnissen angemessen gewesen sein, heute aber erhalten die Banken auf dem Lande ihre Schecks praktisch genauso früh wie die am Bankplatz und können ohne weiteres am Tag der Vorlage zahlen.

Die Ausdehnung der Zonen sofortiger Zahlung berührte viele Banken nicht, obwohl solche Zonen nun Durchmesser bis zu 300 Kilometern haben, und war rechtlich ungenügend abgesichert. Am 27. März 1972 veröffentlichte der Board of Governors daher neue Bedingungen für die Zahlung präsentierter Schecks. Danach müssen alle Banken auf sie gezogene Schecks am Tag der Vorlage bezahlen, wenn sie die Schecks direkt von der Fed erhalten, und sei es nur als passiver Clearingteilnehmer<sup>16</sup>. Diese Regelung, rechtstechnisch eine Änderung der Federal Reserve Regulation J, konnte wegen starker Widerstände erst am 9. November 1972 in Kraft treten. Sie betraf nach Angaben der Fed nur 15 % des Scheckvolumens, die schnellere Zahlung sollte aber den Federal Reserve Float um 2 Mrd. Dollar verringern<sup>17</sup>.

Ein weiteres Mittel des Board, um das Tempo des Zahlungsverkehrs zu steigern, ist der Aufbau neuer regionaler Clearinghäuser. Im Gegensatz zu den anderen Maßnahmen soll das den Scheckeinzug vor, nicht nach der Vorlage beschleunigen. Teils entstanden und entstehen solche neuen Regional Check Processing Centers (RCPCs) am Ort vorhandener Fed-Niederlassungen, teils in Wirtschaftszentren, in denen die Fed früher nicht vertreten war. Die Aufgabe eines RCPC ergibt sich aus folgenden Überlegungen: Die Analysen des amerikanischen Zahlungsverkehrs haben in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß es klar umrissene größere Gebiete gibt, deren Scheckverkehr zu 80 % und mehr nur Banken in diesem Gebiet betrifft. Durch ein einziges RCPC, dessen Arbeitsbereich sich mit diesem Wirtschaftsgebiet deckt, kann daher die Masse der Schecks in nur einem Clearing über Nacht eingezogen werden, wenn man dazu durchorganisierte Transport- und Bearbeitungssysteme einsetzt<sup>18</sup>.

---

<sup>16</sup> Check Collection (Regulation J), Federal Reserve Press Release vom 27. März 1972 (mit Anlage).

<sup>17</sup> Ebda., S. 2 f. Vgl. auch: Recent Regulatory Changes in Reserve Requirements and Check Collection, in: Federal Reserve Bulletin, Juli 1972, S. 627.

<sup>18</sup> Vgl. in diesem Zshg.: H. L. Boatwright und C. P. Kahler, The Washington-Baltimore Regional Check Clearing Center, in: Federal Reserve Bank of Richmond, Monthly Review, May 1970, S. 11 - 14; What's Ahead for Fed Regional Clearing Houses, in: Banking, November 1971, S. 26 - 28; R. M. M.

## 2. Widerstände gegen die Maßnahmen der Federal Reserve

Die Strategie der Fed, das ganze Land mit RCPCs zu überziehen, um so überall den Scheckeinzug zu beschleunigen, schien anfänglich direkte Konkurrenz mit den Clearingleistungen von Korrespondenten zu bedeuten. Die Korrespondenzbanken waren über die Fed-Pläne daher zunächst sehr beunruhigt. Aber die RCPC-Richtlinien vom Februar 1972<sup>19</sup> lassen ihnen Raum für ihr Clearinggeschäft, indem sie davon ausgehen, daß kleine Banken nach wie vor ihre Schecks einem Korrespondenten oder einem Servicezentrum zum Bearbeiten und Verbuchen geben. Außerdem nehmen RCPCs grundsätzlich nur dann Schecks auf Banken außerhalb der Region an, wenn eine member bank sie einreicht. Das wertet die Position der Korrespondenzbanken sogar auf, die in aller Regel Mitglieder der Federal Reserve sind. Die RCPC-Verrechnung kann nur auf Konten von Fed members erfolgen. Auch das zwingt einige Banken, eine Korrespondenzbeziehung einzugehen.

Obwohl einige Korrespondenzbanken durch die RCPCs ihre Markt-nische, die ihnen ein zusammengestückeltes Scheckeinzugssystem bot, gefährdet sehen, werden die meisten Korrespondenzverbindungen nur am Rande berührt. Ob die Korrespondenten ihre Kunden halten können, hängt kaum einmal von den RCPCs ab, sondern vielmehr davon, ob die Kundenbanken sich als Zweigstellen an Filialsysteme oder als Gruppenbanken an bank holding companies<sup>20</sup> anschließen. Anders ausgedrückt, es kommt darauf an, den Kundenbanken das Überleben im Wettbewerb zu erleichtern und ihnen die gleichen Leistungen wie die Zentralen der Filial- und Holdingsysteme zu bieten, nämlich über Buchungs- und Clearingservice hinaus auch die Beteiligung an Großkrediten, zuverlässige Hilfe in der Vermögensverwaltung, Ankauf langfristiger Buchforderungen, die Abwicklung des internationalen Geschäfts, Beratung in Fragen der Betriebsorganisation und, nicht zuletzt, Unterstützung bei der Beschaffung von Eigenkapital<sup>21</sup>. Die Haltung der Korrespondenz-

---

*McConnel*, Fed's Mitchell Says Expanding RCPCs Are Doing Well — and Getting Better, in: *Banking*, May 1973, S. 30 - 32.

<sup>19</sup> Vgl. Guidelines for Federal Reserve Regional Check Processing Centers, Anlage zur Federal Reserve Press Release vom 2. Februar 1972.

<sup>20</sup> Zur wachsenden Bedeutung der bank holding companies siehe Hartmut Schmidt, Vereinigte Staaten von Amerika, in: *Blätter für Genossenschaftswesen*, 117. Jg. (1971), S. 416 - 424.

<sup>21</sup> Vgl. hierzu Special Report on Correspondent Banking, in: *Banking*, November 1971 und 1972. — Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß

banken gegenüber den Maßnahmen der Fed war dementsprechend sehr differenziert und insgesamt eher positiv aufgeschlossen als ablehnend.

Auf hartnäckigen Widerstand stieß die Federal Reserve aber bei den kleinen Kreditinstituten. Zunächst weigerten sich einige Banken in Kalifornien mit Erfolg, ihre Schecks sofort zu bezahlen, als die Clearingzonen dort ausgedehnt wurden. Andere Banken, die sich nolens volens von ihren Korrespondenten in ein RCPC eingebracht sahen, erwogen, es wieder zu verlassen. Die Fed antwortete im März 1972 mit Plänen zur Änderung der Regulation J, um die sofortige Zahlung mandatorisch zu machen, und zwar für alle aktiven und passiven Teilnehmer am Fed Clearing, nicht nur für die Banken in Zonen sofortiger Zahlung. Da man schätzte, daß diese Maßnahme dem Banksystem 2 Mrd. Dollar entziehen würde, mußte die Fed mit noch stärkerer Opposition rechnen, wenn sie nicht einen Ausgleich anbot. Sie verband daher mit ihrem J-Vorschlag eine Änderung der Mindestreservvorschrift Regulation D, wodurch die Mindestreservesätze gesenkt und vereinheitlicht werden sollten. Diese längst fällige Reform<sup>22</sup> beseitigte die erheblichen Unterschiede in den Reservesätzen für „country banks“ und Banken in den 45 reserve cities und stellte die Sätze ganz auf die Höhe der Einlagen ab. Außerdem wurden dadurch die Kosten der Federal Reserve Mitgliedschaft verringert.

Die Änderungen der Regulations D und J, von der Fed als Einheit behandelt, waren für die meisten member banks sehr akzeptabel, da sie bedeutende Reserven freisetzten, in ihrer endgültigen Fassung zusammengekommen 1,4 Mrd. Dollar. Lediglich einige Banken mittlerer Größe an Nebenplätzen fürchteten, daß der Verlust von Reserven wegen der prompteren Zahlung vorgelegter Schecks nicht durch die Mindestreservenkenkung — für sie nur 3,15 % auf die ersten 10 Millionen Sichteinlagen — ausgeglichen würde. Den nonmember banks brachte die Mindestreservereform dagegen keinerlei Ausgleich, wenn sie nicht in einem der Staaten gelegen waren, deren Reservevorschriften an die Regulation D gekoppelt sind. Diese meist sehr kleinen Banken nahmen daher die Änderung von Regulation J unter Feuer. Trotzdem verabschiedete der Board of Governors das D-J-Paket am 21. Juni 1972 einstimmig und setzte

---

kleine Banken in bisher wenigstens einem Fall gemeinsam eine „Korrespondenzbank“ gegründet haben, die ihnen das Bestehen im Wettbewerb erleichtern soll.

<sup>22</sup> George Garvy, Reform of Reserve Requirements, in: Federal Reserve Bank of New York, Monthly Review, 54. Jg. (1972), S. 201 - 207.

den 21. September als J-Day fest<sup>23</sup>. Um den Opponenten im System entgegenzukommen, wurde der Mindestreservesatz auf Sichteinlagen zwischen 10 und 100 Millionen Dollar auf 12 % anstelle der geplanten 13 % festgesetzt und die Strafzinsen für Reserverdefizite wurden in bestimmtem Umfang suspendiert<sup>24</sup>. Doch Konzessionen für nonmembers gab es nicht, wenn man davon absieht, daß die Änderungen ursprünglich bereits im Juni wirksam werden sollten.

Das Sperrfeuer der kleinen Banken wurde nach dieser Entscheidung heftiger. Sie erreichten es, daß sich neben ihren eigenen Vereinigungen u. a. auch die ABA, die Conference of State Bank Supervisors (Landesaufsichtsbehörden) und selbst Kongreßabgeordnete für einen Aufschub einsetzten. In diesem „Titanenkampf“, wie ein Zentralbankbeamter sich ausdrückte, gab der Board nicht nach. Er erteilte den Federal Reserve Banks lediglich die befristete Erlaubnis, den nonmember banks zum ersten Mal seit vierzig Jahren Diskont- und Lombardkredite zu gewähren, und zwar zu Mitgliedsbedingungen<sup>25</sup>. Gleichzeitig machte der Board den nonmembers ihre Situation unmißverständlich klar. Keine Bank sei rechtlich gezwungen, sofort bei Vorlage der Schecks zu zahlen. Wer die sofortige Zahlung verweigere, stelle sich damit jedoch außerhalb des Fed Clearings. Die Federal Reserve werde daher die Schecks einer „renitenten Bank“ nirgends mehr zu ihrem Clearing zulassen<sup>26</sup>.

---

<sup>23</sup> Federal Reserve Press Release vom 21. Juni 1972 (mit Anlagen).

<sup>24</sup> Ebda., S. 5 f., 10 und Anlage „Waiver of Penalties for Deficiencies in Reserves“. Der neue Satz auf Sichteinlagen von 100 - 400 Mill. Dollar 13 %, darüber 17½ %. Besonders die 12 %- und 13 %-Stufe haben den evtl. unbeabsichtigten Nebeneffekt, von den Reserveanforderungen her die Banken einer multi bank holding company gegenüber einer Filialbank zu begünstigen. — Trotz dieser Konzessionen verließ eine Bank mittlerer Größe in Delaware das Federal Reserve System, da sie unter Landesbankrecht nur 10 % Reserve halten muß und daher die „J-Verluste“ eher kompensieren konnte; Delaware Bank Is Quitting Reserve System Because of Rule Changes Slated for Nov. 9, in: Wall Street Journal vom 26. Oktober 1972.

<sup>25</sup> Text of Fed Letters Rejecting ABA, CSBS Requests for Delay in New Check Clearing, in: American Banker vom 18. September 1972; Brief des Board an die Präsidenten der Federal Reserve Banks und die Vorsteher von deren Filialen vom 18. September 1972.

<sup>26</sup> Federal Reserve Press Release vom 18. September 1972. Auf dieselbe Weise dämmt die Fed seit Jahrzehnten die Praxis ein, daß Schecks von den bezogenen Banken nicht mit dem vollen Betrag eingelöst werden. Solche nonpar banks, die heute nur noch 1 % aller amerikanischen Banken ausmachen, verteidigten sich zu Anfang der Zwanziger Jahre wenigstens ebenso spektakulär gegen das par clearing wie jetzt die country banks gegen die beschleunigte

Danach verlagerte sich der Streit in den Gerichtssaal. Die Independent Bankers Association of America (IBAA) und die Western Independent Bankers (WIB) beantragten bei einem Bundesgericht in Washington, die vorgesehene Änderung der Regulation J in ihrer gegenwärtigen Form zu untersagen, da sie die Aktiva der nonmembers durch hoheitlichen Eingriff reduziere, was eine ungesetzliche Art der Enteignung bedeute. Die beiden Gruppen erlangten zwar am 19. September eine einstweilige Verfügung und blockierten damit die Reform, ihr Hauptantrag hatte jedoch keinen Erfolg. Das gleiche Schicksal erlitt eine ähnliche Klage beim Bundesgericht für Mittelkalifornien. Der Board konnte daher am 24. Oktober bekanntgeben, daß die neuen Bestimmungen am 9. November in Kraft träten<sup>27</sup>. Da das Berufungsverfahren der IBAA und WIB am 8. November scheiterte, wurden die Reformbestimmungen tatsächlich wirksam, begleitet von erheblichen Offenmarktverkäufen der Zentralbank.

### *3. Fernziele der Federal Reserve im Zahlungsverkehr*

Nachdem im November die Ziele der Erziehungskampagne erreicht worden waren, steckte das Steering Committee schon einen Monat später die Horizonte weiterer Entwicklungen im Zahlungsverkehr ab<sup>28</sup>:

1. Die RCPCs, die selbstverständlich an den Fed Wire angeschlossen sind, sollen zu Kristallisationspunkten eines landesweiten Netzes für den elektronischen Zahlungsverkehr werden.
2. Da die Zahlungscharakteristiken der POS-Systeme attraktiv erscheinen, will die Federal Reserve ihren Aufbau fördern. Sie hält sich bereit, bei der Errichtung der POS-Systeme eine ähnliche Rolle zu übernehmen wie im Falle der ACHs.
3. Das Federal Reserve System will ein nationales Netz für das elektronische Clearing zwischen allen Kreditinstituten — und nicht nur zwischen commercial banks — bereitstellen. Auf regionaler Ebene wird die Fed nur dort ähnliche Aufgaben übernehmen, wo private Transfernetze fehlen. Sie wird private Systeme auf ihre Zuverlässig-

---

Zahlung vorgelegter Schecks. Vgl. T. C. Jones, *Clearing and Collections*, New York 1931, S. 150 - 159.

<sup>27</sup> Federal Reserve Press Release vom 24. Oktober 1972.

<sup>28</sup> Evolution of the Payments Mechanism, in: Federal Reserve Bulletin, Dezember 1972, S. 1009 - 1012.

keit hin überprüfen und sicherstellen, daß sie an das nationale Netz angeschlossen werden können.

4. Die technischen Entwicklungen werden zur weiteren Konzentration der Buchhaltung bei Korrespondenten und Servicezentren führen, die mit den Computern der Unternehmen und Regierungsstellen direkt verbunden sein werden. Da diese Verbindungen auch erhebliche Entfernungen kostengünstig überbrücken können, wird sich der Wettbewerb der Banken um solche Kunden verschärfen. Mit ihrem Beitrag zur Fortentwicklung des Zahlungsverkehrs strebt die Federal Reserve daher nicht nur dessen Rationalisierung, sondern auch wettbewerbspolitische Ziele an.
5. Nach einem stufenweisen Aufbau örtlicher POS-Systeme — erweitert durch Terminals in Unternehmen und auch in Wohnungen — werden die örtlichen Netze mit regionalen, nationalen und internationalen Systemen verknüpft. Die Federal Reserve wird dann ihr Endziel erreicht haben: Jedermann wird, im Vergleich zu heute, über bequemere, wirtschaftlichere und sichere Methoden bargeldloser Zahlung verfügen. Transferinstrumente aus Papier werden die Ausnahme sein.

Wie der Grundsatzerklärung vom 17. Juni 1971 werden diesen Worten Taten folgen. Allerdings stellt sich die Frage, mit welchen Schwierigkeiten die Fed zu kämpfen haben wird, um ein derartig ambitioniertes Programm durchzusetzen, zumal viele Banken weder Enthusiasmus für einen elektronischen Zahlungsverkehr noch Interesse an einer Zusammenarbeit mit der Fed zeigen. Trotzdem hat die Fed eine günstige Ausgangsposition. Anders als bei der Änderung der Clearingbedingungen braucht sie sich nicht auf unnachgiebige country banks einzustellen. Eine erhebliche und rasch anschwellende Zahl von Banken hat bereits papierlose Hausübertragungen eingeführt und verfügt über On-Line-Geldautomaten oder die vielseitigeren unbemannten Kassierermaschinen. Diese Banken sind bereit, den Schritt zu einem elektronischen Interbankenverkehr zu tun. Immer mehr wollen auch POS-Systeme benutzen, nachdem zwei Institute mittlerer Größe auf Long Island und in Ohio ihre POS-Tests erfolgreich abgeschlossen haben und die Atlanta Study sie ohne Einschränkungen empfahl. Der Fed fehlt es daher nicht an potentiellen Partnern.

Ihre Bereitschaft, die für die Reform notwendigen Gemeinschaftseinrichtungen zu finanzieren, wird die Zusammenarbeit sehr erleichtern und ihr de facto die Führungsrolle im elektronischen Geldtransfersystem

sichern<sup>29</sup>. Sie unterstützt örtliche und regionale Projekte nur dann finanziell, wenn ihre Vorstellungen, z. B. über Datenformate und die technische Ausgestaltung der Geldkarten, beachtet werden. Anders ausgedrückt: Sie macht die Mitarbeit beim schnellen Aufbau ihres landesweiten elektronischen Zahlungssystems so attraktiv wie möglich und stellt kooperationsunwillige Institute vor die Alternative, entweder aus eigenen Mitteln ein konkurrenzfähiges System zu errichten oder erhebliche Wettbewerbs- und Kostennachteile bei Zahlungsverkehrsdienstleistungen hinzunehmen. Die Erfolge dieser Politik im ACH-Bereich sind bereits sichtbar. Eine ähnliche Entwicklung auf dem POS-Sektor zeichnet sich ab<sup>30</sup>.

Die nächsten Jahre werden daher den Vereinigten Staaten den Übergang zum elektronischen Zahlungsverkehr bringen, wie die Fed ihn projiziert hat. Die elementaren technischen und organisatorischen Fragen werden dann beantwortet und das Hauptziel der Reform erreicht sein: die Kosten des Geldes und seiner Übertragung durch ein rationelleres Transfersystem und höhere Geldgeschwindigkeit zu senken. Das Interesse wird sich danach zusätzlichen Nutzungen und bedeutsamen Nebeneffekten des neuen Zahlungssystems zuwenden.

Hartmut Schmidt, Amsterdam

## Zusammenfassung

### Von der Kreditkarte und dem Scheck zur Geldkarte

Die elektronische Datenverarbeitung hat günstige Rahmenbedingungen für einen bargeldlosen Zahlungsverkehr geschaffen, in dem die Zahlungsdaten auf elektronischen anstatt wie bisher auf Papierinstrumenten übermittelt werden.

<sup>29</sup> Die Fed hat Erträge von rund 4 Mrd. Dollar, nur etwa 10 % davon werden für Aufwand und 1 % für Dividenden an die Aktionäre, die member-banks, benötigt. Fast der gesamte Rest geht an das Schatzamt, als variable „Zinsen auf den Notenumlauf“. Selbst wenn die Fed nur die Aufwandsposition stark anhöbe, die man „indirekte Ausschüttung an die Mitglieder“ nennen könnte, würde sie einen bedeutenden Beitrag zur Finanzierung der Reform leisten.

<sup>30</sup> Eine der beiden ersten amerikanischen Banken mit praktischer POS-Erfahrung hat die Federal Reserve Bank of Cleveland gebeten, ein SPC für Mitgliedbanken einzurichten. Selbst das Mutual Institutions National Transfer System, Inc. (MINTS) baut darauf, die Lücken zwischen seinen regionalen Netzen mit Hilfe des Fed Wire überbrücken zu können; G. W. *Ensley*, MINTS to Offer Cash Machines, Card Readers, Centralized Buying, in: *American Banker* vom 14. Juni 1973.

Amerikanische Kreditinstitute haben in den letzten Jahren den elektronischen Zahlungsverkehr vorbereitet, da er nicht nur aus technisch-organisatorischer Sicht, sondern mehr und mehr auch von den Kosten her dem arbeitsintensiven, traditionellen Zahlungssystem überlegen schien. Um sicherzustellen, daß es trotz der Heterogenität des amerikanischen Bankwesens zu einheitlichen elektronischen Zahlungsformen kommt, die es erlauben, auch im Interbankenverkehr die Rationalisierungsvorteile voll auszuschöpfen, haben sich besonders die Federal Reserve und die American Bankers Association frühzeitig auf nationaler Ebene mit dem Umstellungsprozeß beschäftigt. Das Ergebnis dieser Bemühungen war vor allem das MAPS/SCOPE-Vorhaben, das Atlanta Payments Project und das Programm der Federal Reserve — drei übergreifende Pläne für den Übergang zum elektronischen Zahlungsverkehr in den Vereinigten Staaten. Sie werden zusammen mit den Schritten zu ihrer Verwirklichung und den Widerständen dagegen dargestellt und erörtert. Dabei werden vier Grundlinien der Entwicklung deutlich. Erstens wird die herkömmliche Scheckzahlung zunächst im Bereich wiederkehrender Massenzahlungen verschwinden; elektronische Übertragungsformen werden Scheck und Kreditkartenschein bei der Zahlung in Geschäften verdrängen. Während dieser Prozeß gerade beginnt, wird es noch einige Jahre dauern, bis andere Zahlungstypen in größerem Umfang in den elektronischen Zahlungsverkehr einbezogen werden. Zweitens werden Kreditkarten- und Scheckzahlung in Geschäften durch eine einzige Form garantierter elektronischer Übertragung auf Kreditkartenkonto- bzw. Sichteinlagenbasis abgelöst werden. Ferner wird die elektronische Zahlung in Form der Dateneingabe in Terminals, die durch Plastikkarten mit Magnetstreifen aktiviert werden, wesentlich schneller sein als selbst die Barzahlung, was den Trend zur bargeldlosen Zahlung verstärken wird, zumal dort, wo es auf rasche Abfertigung der Kundschaft ankommt. Schließlich werden On-Line-Verbindungen der Banken mit ihren Kunden dazu führen, daß die Banken ihren Geschäftsbereich teils durch neue Dienstleistungen, teils aber auch geschäftlich erweitern.

## Summary

### From Credit Card and Cheque to the Money Card

Electronic data processing has created favourable general conditions for a cashless payments system in which payment data are transmitted by electronic instruments instead of by paper instruments as hitherto. In the past few years, American banks have prepared the way for the electronic payment system, since it appears to be superior, not only from the technical organization standpoint, but also to an ever increasing degree in respect of costs, to the labour-intensive, traditional system of payment. To ensure that, despite the heterogeneity of the American banking system, uniform electronic forms of payment are achieved which permit full benefit to be extracted from the



rationalization advantages also in interbank business, particularly the Federal Reserve Board and the American Bankers Association concerned themselves on the national level with the conversion process at an early stage. The outcome of their efforts was primarily the MAPS/SCOPE project, the Atlanta Payments Project and the programme of the Federal Reserve Board — three overlapping plans for the transition to electronic payments in the United States. They are described and discussed together with the steps taken to put them into effect and the resistance to them. Four basic lines of development become clear. First, traditional cheque payments will disappear first of all in the sphere of recurring mass payments; electronic forms of remittance will oust cheque and credit card payments in shops. While this process is just beginning, it will take a few more years before other types of payment are included to any great extent in the electronic payment system. Secondly, credit card and cheque payments in shops will be replaced by a single form of guaranteed electronic transfer on a credit card account or demand deposit basis. Furthermore, electronic payment in the form of data inputs into terminals that are activated by plastic cards with magnetic stripes will be considerably quicker even than cash payment, which will strengthen the trend towards non-cash payment, especially where rapid serving of customers is important. Lastly, on-line connections between banks and their customers will result in the banks expanding their business, partly by offering new services, but partly also geographically.

## Résumé

### De la carte de crédit et du chèque à la carte-monnaie

Le traitement électronique des données a créé un ensemble de conditions favorables pour les transferts de paiement sans manipulation de numéraire, système selon lequel les éléments du transfert sont transmis sur instruments électroniques en lieu et place de papier. Des établissements financiers américains ont préparé ces dernières années les transferts de paiements électroniques, car ce système apparaît supérieur au système de paiements traditionnel exigeant beaucoup de travail, non seulement du point de vue technique et de l'organisation, mais de plus en plus aussi du point de vue des coûts. Pour avoir la certitude d'arriver, malgré l'hétérogénéité du système bancaire américain, à des formes de paiements électroniques uniformes permettant d'exploiter au maximum les avantages de la rationalisation également dans les transactions interbancaires, le Federal Reserve et l'Association des banques américaines se sont dès le début préoccupés du processus de réorganisation sur le plan national. Le résultat de ces efforts sont surtout le projet MAPS/SCOPE, l'Atlanta Payments Project et le programme du Federal Reserve, trois plans radicaux pour le passage au système électronique des paiements aux Etats-Unis. Ils font l'objet, en même temps que les mesures de réalisation, de

descriptions et de critiques. Quatre principes de l'évolution sont dégagés. En premier lieu les paiements traditionnels par chèque sous forme de paiements collectifs disparaîtront; des formes de transferts électroniques élimineront dans les établissements les chèques et les cartes de crédit. Lorsque ce processus sera entamé, il faudra encore quelques années avant que d'autres types de paiement n'entrent en plus grand nombre dans le circuit des transferts électroniques de paiement. En deuxième lieu les paiements par cartes de crédit et par chèques dans les établissements seront remplacés par une seule forme de transfert garanti et électronique sur base d'un compte carte de crédit resp. compte à vue. Ensuite le paiement électronique sous forme d'introduction de données dans des terminaux, activés par des cartes en plastique pourvues de bandes magnétiques, se fera même bien plus rapidement que les paiements comptants, ce qui renforcera la tendance vers les transferts sans manipulation de numéraire, surtout là où la clientèle doit être servie rapidement. Enfin des liaisons On-Line entre des banques et leurs clients permettront aux banques d'élargir leurs activités en offrant de nouveaux services, mais aussi géographiquement.